



Dr. Robert Habeck
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Robert Habeck, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T +49 30 22774215
robert.habeck@bundestag.de

Wahlkreisbüros Flensburg-Schleswig

Heinrichstr. 16b, 24937 Flensburg
Kornmarkt 12, 24837 Schleswig
T +49 461 99583542
robert.habeck.wk@bundestag.de

Berlin, 05.07.2024

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

wir haben uns in der Regierung nach intensiven und harten Verhandlungen auf einen Haushalt für das Jahr 2025 und ein Reformpaket zur Dynamisierung der Wirtschaft verständigt. Ich habe diese Verhandlungen als Vizekanzler geführt, eng abgestimmt mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden und den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, unterstützt von den Staatssekretären und Staatssekretärinnen und meinem Team im BMWK, verzahnt mit den oft parallel laufenden Verhandlungen der Bundestagsfraktion. Wo ich Rat oder Expertise brauchte, haben die Abgeordneten und auch die Landesministerinnen und -minister weitergeholfen. Dass unsere Gespräche vertraulich geblieben sind, dafür möchte ich mich sehr bedanken.

Es waren schwierige Wochen, Tage und zum Teil Nächte. In den Verhandlungen habe ich immer wieder abgewogen und mit anderen darüber beraten, was für unser Land, für Deutschland in Europa nötig ist – in einer Welt, die sich in den letzten Jahren dramatisch verändert hat und an uns – das Land, die Regierung, aber auch an uns als Partei – neue, andere und zusätzliche Anforderungen stellt.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat das Nachkriegseuropa bis ins Mark erschüttert und verlangt von uns, Sicherheit, den Schutz Deutschlands und Europas in den Mittelpunkt zu stellen. Maßgeblich Putins Energiekrieg gegen Deutschland hat zu hoher Inflation und damit zu einem spürbaren Wohlstandsverlust geführt. Das erleben die Menschen in ihrem Alltag: Mit der Miete und der Energierechnung wurde es eng, Urlaub fällt weg. Zwar steigen jetzt –

endlich! – die Löhne stärker, die Inflation geht zurück. Aber die letzten zwei Inflationsjahre haben bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein ihre Spuren hinterlassen und Verlustängste inmitten turbulenter Veränderungen verstärkt. Die Klimakrise spitzt sich zu. Während der Wochen gab es Hitzewellen in Südostasien von über 50 Grad, über 1000 Hitzetote bei der Pilgerfahrt nach Mekka, heftige Überschwemmungen in Süddeutschland. Die Debatte um Migration droht das Land zu spalten. Extremismus jedweder Form macht Menschen Sorge. All das macht sich der Populismus zu Nutze. Er nährt die Ängste, um sich von ihnen zu nähren.

Der Blick auf Europa und die Welt zeigt uns ähnliche, zum Teil schlimmere Entwicklungen. In Frankreich haben die Rechtspopulisten den ersten Durchgang der übereilt vorgezogenen Parlamentswahl gewonnen. In den USA steht eine Wahl bevor, die die Parameter grundlegend verändern und Donald Trump zurück an die Macht bringen kann.

Unsere Zeit gebiert Populismus, dabei braucht sie Anti-Populismus. Ernsthaftigkeit und Lösungswillen, das Wissen, dass auf eine Aufgabe die nächste folgt, dass man nach Rückschlägen weitermacht. Und sie braucht die Bereitschaft zu lernen, hinzusehen, hinzuhören, wenn sich etwas verändert.

Im Angesicht dieser Realität habe ich während der letzten Wochen hart verhandelt und Konflikte ausgetragen – um die Errungenschaften des Sozialstaates, den Schutz von Kindern, die in Armut aufwachsen und allein durch diese Ungerechtigkeit so viel schlechtere Chancen haben. Darum, dass wir den Klimapfad nicht verlassen, nachdem wir so viel Klimaschutz wie keine Regierung davor auf den Weg gebracht haben. Dass die Erneuerbaren nicht wieder ausgebremst werden, nachdem wir endlich beim Ausbau eine völlig neue Dynamik erreicht haben. Über die Entfesselung der Wirtschaft – notwendig, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern.

Als ich über den Vorbereitungsunterlagen saß, im Team Strategien besprochen habe, während der Verhandlungen, auf meiner Reise nach Ostasien hatte ich immer wieder vor Augen, welche Rolle auf Deutschland zukommt. Deutschland muss führungs- und handlungsfähig sein. Und mir war in all den Verhandlungsstunden immer bewusst, man geht nicht einfach, weil es gerade schwierig ist. Man spielt nicht leichtfertig mit Neuwahlen, weil die Umfragen nicht gut sind.

Umgekehrt war stets abzuwägen, ob das, was der Haushalt bietet, angesichts der Probleme unserer Zeit angemessen ist. Da gibt es eine Grenze. Sie ist nicht klar und rot und linienförmig, aber doch zu umschreiben. Meine Umschreibung geht so: Eigentlich reicht das, was uns die politischen Möglichkeiten zugestehen, nicht an die Herausforderungen unserer Zeit. Sicherheit, Infrastruktur, Kita, Bildung, Forschung, die Unabhängigkeit bei Rohstoffen und technischen Produkten von China – die Aufgaben sind enorm, der Investitionsbedarf riesig. Nicht umsonst hat ja auch der Bundesverband der Deutschen Industrie erst kürzlich große

Sondervermögen vorgeschlagen. Aber die rigide Form der Schuldenregel nimmt uns die nötigen Spielräume, um die Aufgaben zu bewältigen. Das muss ich für diese Legislaturperiode bedauernd akzeptieren, doch im Wahlkampf im nächsten Jahr werden wir darüber streiten. Deutschland braucht Reformen, auf die wir uns dann, auch über Parteigrenzen hinweg verständigen müssen. Auch das ist eine Frage der Solidität.

Wie Ihr seht, waren es alles andere als leichtherzige Wochen. Und dennoch oder gerade wegen der ernststen Situation – ist es gelungen, eine Einigung herzustellen und einen Haushalt aufzustellen, der im Rahmen der geltenden Regeln solide ist. Und wir haben es geschafft, vor allem mit dem Dynamisierungspaket auch neues, gutes und teils Weitreichendes möglich zu machen. Und zwar so, dass wir das mögliche Wachstum unserer Wirtschaft ankurbeln, ohne die ökologische Transformation zu schwächen oder soziale Ungleichheit zu vergrößern.

Erlaubt mir, hier ein paar einzelne Schlaglichter zu werfen – ein ausführlicheres Überblickspapier schicke ich Euch außerdem.

Haushalt:

Unter schwierigen Rahmenbedingungen haben wir uns auf einen Haushaltsentwurf geeinigt – und können damit unserem Land Stabilität und Perspektive geben. Er erlaubt keine großen Sprünge, aber wir konnten einen harten Sparhaushalt, der die wirtschaftliche Erholung unseres Landes gefährdet und soziale Einschnitte bedeutet hätte, verhindern.

Was der Haushalt nicht enthält, ist eine Notlage nach den Hochwassern und angesichts des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der damit einhergehenden Bedrohung unserer Sicherheit. Ich hätte das für angemessen gehalten. Aber es ist gelungen, durch eine Reihe von anderen Schritten (Zinsmanagement, realistischere Annahmen der EU-Zahlungen) den Einspardruck deutlich zu verringern, so dass wir für die Gegenwart und unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine vertretbare Lösung haben, die viel Notwendiges adressiert.

Mehr Gerechtigkeit für Kinder aus armen Familien

Wir tun mehr für Familien. Gerade Kinder aus ärmeren Familien bekommen endlich, was ihnen zusteht und das einfacher und unkomplizierter. Denn es war ein Skandal, dass bei vielen die Leistungen, die ihnen zustehen, nicht ankamen, weil die Bürokratie es verhinderte. Das haben wir überwunden. Die Anzahl derjenigen, die den Kinderzuschlag in Anspruch nehmen, steigt rapide. Entsprechend werden die Leistungsbezüge des Kinderzuschlags deutlich ausgeweitet. Im Haushalt 25 sind zusätzliche 1,1 Milliarden Euro für den Kinderzuschlag verankert. Konkret heißt das, dass bereits 190.000 Familien mit kleinen Einkommen mehr zusätzliche finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen. Wir haben auch eine Erhöhung des Kindersofortzuschlags um 5 Euro erreicht, den von Armut betroffene Kinder und Jugendliche

erhalten. Familien mit Kindern werden weiterhin unterstützt durch einen um 60 Euro höheren Kinderfreibetrag in 2025 bzw. durch ein höheres Kindergeld ab 1.1.25.

Mit dem Kitaqualitätsgesetz und einem Finanzierungsvolumen von 2 Mrd. trägt die Bundesregierung maßgeblich dazu bei, die Familien mit Kindern in ihrem Alltagsleben zu unterstützen. Damit investieren wir in die Betreuungsinfrastruktur und ermöglichen es Eltern, oftmals Frauen, mehr zu arbeiten, wenn sie das möchten.

Was mich ebenfalls besonders freut: Für die Freiwilligendienste gibt es mehr Mittel als ursprünglich vorgesehen, das ist gerade in diesen Zeiten so wichtig. Wir schützen auch Mieterinnen und Mieter durch die Mietpreisbremse bis 2029. Bestandsmieten dürfen nur maximal 12 Prozent in drei Jahren steigen statt 15.

Klimaschutz

Es war ein Kernanliegen, dass wir auf dem Klimapfad weiter vorankommen und auf dem Weg zu einer erneuerbaren, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung Kurs halten. Das ist gelungen: Der Klima- und Transformationsfonds, der Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bei der klimaneutralen Erneuerung unterstützt, ist trotz des massiven finanziellen Drucks nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgesichert. Auch für Umwelt und Biodiversität konnten wir Mittel sichern. Die Kraftwerksstrategie ist geeint und sichert über ein Kraftwerkssicherungsgesetz den Kohleausstieg zusätzlich ab. Die Erneuerbaren werden besser in den Markt integriert, gleichzeitig arbeiten wir daran, dass die Stromkosten sinken und der Ausbaupfad auch über 2030 hinaus verstetigt wird. Im Koalitionsvertrag haben wir noch festgelegt, dass die Förderung der Erneuerbaren mit der Vollendung des Kohleausstiegs endet. Jetzt werden wir verschiedene Modelle dafür erproben.

Dynamisierungspaket für die Wirtschaft

Die Haushaltsverhandlungen gingen Hand in Hand mit einem Dynamisierungspaket, um die Wirtschaft wieder auf einen stärkeren Wachstumspfad zu bringen. Ich möchte nicht nur als Wirtschaftsminister unterstreichen, wie wichtig das ist. Im 75. Jahr des Grundgesetzes muss man erkennen: Die Stabilität der liberalen, freiheitlichen Ordnung beruht auch auf der sozialen Marktwirtschaft (die wir nun zu einer sozial-ökologischen weiterentwickeln). Wachstum ist kein Selbstzweck, es sichert Wohlstand, Arbeitsplätze, sozialen Zusammenhalt. Es gibt zwar keine Garantie, dass eine reiche Gesellschaft Populismus standhält, aber historisch belegt ist, dass eine Gesellschaft, die ärmer wird, ein besseres Angriffsziel für Populisten aller Couleur ist. Wie sehr, das sehen wir in der prorussischen Propaganda und den Wutreden und Hassposts von Populisten, die den angeblichen Niedergang des Landes beschwören.

Mit den jetzt vereinbarten Maßnahmen, der „Wachstumsinitiative“, geben wir nachhaltige Impulse für mehr wirtschaftliche Dynamik in unserem Land. Wir stärken private und öffentliche Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit und Transformation zur Klimaneutralität und verbessern die strukturellen Rahmenbedingungen, damit Unternehmen hier erfolgreich sein können. Nach ersten Berechnungen der wichtigsten Maßnahmen könnte das Wachstum des Bruttoinlandprodukts 2025 um ungefähr einen halben Prozentpunkt höher ausfallen, auch danach wächst das BIP stärker, weil wir nachhaltig die Bedingungen für Wachstum und Wohlstand verbessern.

Leistungsgerechtigkeit stärken

Bei der Europawahl haben die Parteien, die derzeit und traditionell in Deutschland die Regierung stellen, nur etwas über 60 Prozent der Stimmen bekommen. Das ist ein Alarmzeichen. Eine Politik, die die Mitte der Gesellschaft stärkt, ist deshalb eine notwendige, richtige Politik.

Dazu gehört es, die Leistungsgerechtigkeit zu stärken - für all jene, die sich einbringen oder bereits viel geleistet haben. Arbeit soll sich lohnen. Auch angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels gilt: Wir brauchen alles Wissen, alles Können, alle Erfahrung und alle Einsatzbereitschaft. Deshalb machen wir es attraktiver, mehr und länger zu arbeiten. Überstunden werden steuerlich begünstigt. Wir setzen Anreize, im Alter freiwillig länger zu arbeiten. Auch Geflüchtete können künftig schneller eine Arbeit aufnehmen und auf eigenen Beinen stehen. Dafür beseitigen wir ein großes Hemmnis: In Zukunft gilt die Arbeitsaufnahme als genehmigt, wenn Ausländerbehörden nicht nach 14 Tagen widersprechen. Ein großer Schritt. Und wir erleichtern es Unternehmen, ausländische Arbeitskräfte einzustellen.

Für jene, die Bürgergeld empfangen, setzen wir mit einer Anschubfinanzierung eine alte grüne Forderung um, senken nämlich die Transferentzugsrate – allerdings so, dass nicht noch mehr Menschen in das Bürgergeld rutschen. Wenn Langzeitarbeitslose in Zukunft aus dem Bürgergeld heraus einen Job annehmen, der sie aus dem Bürgergeldbezug führt, bekommen sie einen Bonus ausgezahlt. Dieser Bonus wird dann nicht auf das Wohngeld oder andere Leistungen angerechnet. So bauen wir eine starke Brücke zurück in den Arbeitsmarkt. Umgekehrt wird es etwas stärker sanktioniert als bisher, wenn man sich bei zumutbarer Arbeit verweigert. Die Praktiker, mit denen ich gesprochen habe, betonen immer wieder, dass die regelmäßige und enge Betreuung gut für die Menschen ist. Wird ein Termin verpasst, kann das ebenfalls zu stärkeren Sanktionen führen. Dies kann aber sofort wieder geheilt werden, wenn der Termin nachgeholt wird.

Ihr sollt wissen, dass ich über die Sanktionierung lange nachgedacht und mich vielfältig beraten habe. Denn in der Debatte rund ums Bürgergeld schwingt oft eine Stigmatisierung mit (Gerhards Schröders „kein Recht auf Faulheit“ hält sich als schädliches Bild bis heute), die

schlicht und einfach falsch ist und den allerallermeisten Empfängern von Bürgergeld nicht gerecht wird. Diesen Ton sollte man sich nicht zu eigen machen. Dennoch haben mich Stimmen aus der Praxis, nach denen die Sanktionen wichtig sind, um mehr Kooperation zu erreichen, überzeugt, zumal wir die Anreize ja auch stärken und Hürden abbauen und Kinder aus armen Familien stärken

Dinge Einfacher machen, Bürokratie abbauen

Auch Euch erreichen sicher etliche Stimmen von kleinen und mittleren Betrieben, Unternehmerinnen, Gründerinnen, die Euch schildern, wie viel Zeit und Mühe sie aufwenden müssen, um bürokratische Hürden zu nehmen. Eigentlich kann jede und jeder ein Lied davon singen. Deshalb bauen wir unnötige Bürokratie so konsequent wie keine Bundesregierung zuvor ab, ohne Schutzstandards abzusenken. Das betrifft viele Bereiche – von der Exportkontrolle bis zur Anwendung von Datenschutz. Wir vereinfachen das Vergaberecht, nachhaltige Beschaffung soll einfacher und verbindlicher werden. Die Bundesregierung wird das zum Standard machen, was wir im BMWK schon erfolgreich etabliert haben: Praxis-Checks, damit es in der Praxis tatsächlich wirkt.

Lasst mich in diesem Zusammenhang die Lieferketten ansprechen, weil ich weiß, wie sehr viele das umtreibt. Ich will, dass in Deutschland, in Europa, keine Produkte verkauft werden, die aus Kinderarbeit stammen, die durch Umweltzerstörung zustande gekommen sind oder unter Missachtung von Menschenrechten. Wir brauchen den gesetzlichen Schutz von Standards in der Lieferkette. Und ich wollte immer, dass wir ein europäisches Lieferkettengesetz bekommen, das die Standards noch besser schützt.

Wie bestimmt viele von Euch habe ich aber in den letzten Jahren mit zahllosen Unternehmerinnen und Unternehmern gesprochen und gesehen, wie umständlich und bürokratisch das ist, was die große Koalition geschaffen hat. Ein Wust an Fragebögen, große Betriebe reichen die Berichtspflichten an kleine weiter. Jetzt kommt der Schutz der Lieferketten auf EU-Ebene – gut so! - aber viele sorgen sich vor Chaos und doppelten Mühen, weil ein System (das deutsche Lieferkettensorgfaltsgesetz) gerade langsam etabliert wird und das neue (das Europäische) aufgebaut werden muss. Das führt dazu, dass bei Unternehmen die Genervtheit steigt, die Akzeptanz schwindet – obwohl, das zeigen mir all die Gespräche, das Gros der Betriebe klar für den Schutz von Standards in den Lieferketten ist.

Deshalb haben wir uns den Übergang vom deutschen zum europäischen Recht vorgeknöpft und machen es einfacher und klarer. Wir haben erreicht, dass wir die europäische Lieferkettenrichtlinie schneller als erforderlich noch in dieser Legislaturperiode umsetzen werden. Damit zerstreuen wir jeden Zweifel darüber, dass diese Regeln kommen und sichern die Lieferkettenrichtlinie politisch ab. Und so sorgen wir dafür, dass für deutsche Unternehmen derselbe klare und harte Standard bei der Überprüfung ihrer Lieferketten gilt,

wie für ihre europäischen Mitbewerber. Wie in der europäischen Richtlinie vorgesehen, werden die Sorgfaltspflichten dann zeitlich gestaffelt verbindlich – für die Großen zuerst, für die Kleineren später. Zur Ehrlichkeit gehört, dass in der Übergangsphase die Sorgfaltspflichten nicht verbindlich sind – das stellt auch die frei, die später nicht mehr unter der europäische Recht fallen das entlastet Unternehmen im Übergang. Das war ein Kompromiss, den wir - Sozialdemokraten und Grüne - mit den Freien Demokraten eingegangen sind. Zusätzlich passen wir Berichtspflichten an den europäischen Standard an; bis das passiert ist, werden wir Verstöße nicht sanktionieren.

Insgesamt ist damit eine Lösung gelungen, die Rechtssicherheit schafft, für eine effektive Überprüfung der Lieferketten sorgen wird und gleichzeitig die deutschen Unternehmen vor unfairer Belastung schützt.

Nicht zuletzt entfesseln wir mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen die Kreislaufwirtschaft, die Ressourcen schont, Produktionskosten senkt und neue Unternehmen und Arbeitsplätze schafft.

Liebe Freundinnen und Freunde,

es liegen fast drei Jahre harter Regierungsarbeit hinter uns. Oft war es ein Bergaufkämpfen, auch für Euch in den Dörfern und Städten. Die gesellschaftliche Stimmung ist angespannt, Ihr spürt das in Eurer täglichen Arbeit sicher oft genug.

Aber wenn ich auf die drei Jahre schaue, dann sehe ich, wie viel wir bewegt haben. Wir haben Reformen eingeleitet, die sich auf lange Sicht auszahlen. Die helfen, das Land stabiler zu machen, widerstandsfähiger. Die neue Entwicklungen ermöglichen. Die strategische Neuaufstellung der Energieversorgung in der Energiekrise, der Ausbau der Erneuerbaren – mehr als die Hälfte des Stroms kommt aus den Erneuerbaren, ein Rekord! Es wird so wenig Kohlestrom produziert wie seit Jahrzehnten nicht!

In der Außenpolitik haben wir in einer Zeit schwerer Krisen und Umbrüche mit Weitsicht und einem klaren Kompass Deutschlands Rolle in der Welt gestärkt. Wir übernehmen Verantwortung in Europa und der Welt. Wir sichern die nötige Unterstützung für die Ukraine, auch, um unsere eigene Sicherheit zu schützen – immer im Blick, dass es eine Friedensperspektive braucht. Mit Pendeldiplomatie unter schwierigen Bedingungen arbeitet die Außenministerin daran, dass die Lage im Nahen Osten nicht weiter eskaliert. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Gleichzeitig erkennen wir das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Streben nach einem eigenen Staat an, und wir setzen auf humanitäre Hilfe, um das Leid in Gaza zu lindern.

Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts haben wir die Möglichkeit der Mehrfachstaatsangehörigkeit geschaffen und Einbürgerung erleichtert – wichtig auch für die Arbeits- und Fachkräftesicherung. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz hilft, Potentiale bei der Anwerbung zu heben. Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein Meilenstein für die Würde und Freiheit aller Menschen. Wir haben die Förderung des natürlichen Klimaschutzes beschlossen und Klimaanpassung zu einem bundesweiten Vorhaben gemacht. Wir haben finanzielle Unterstützung für den tiergerechten Stallumbau und die verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung durchgesetzt und vereinbart, dass die Förderung für ökologische Maßnahmen in der Landwirtschaft erhöht wird. Die Erhöhungen von BAföG für Schüler*innen und Student*innen ist unser Verdienst. Ohne uns gäbe es das Deutschlandticket nicht. Und heute wird im Bundesrat die neue Straßenverkehrsordnung verabschiedet – mehr Klimaschutz in den Kommunen gab es nie!

Darauf können und sollten wir stolz sein!

Natürlich können und werden wir uns nicht darauf ausruhen. Wir wissen, dass wir gesellschaftlich wieder Vertrauen zurückgewinnen müssen – alle demokratischen Parteien, aber auch wir. Wir werden die Fragen von sozialer Gerechtigkeit noch mal klarer adressieren müssen, auch die Frage, wie wir die breite Mitte und damit den Zusammenhalt stärken. Wir sollten den Menschen zuhören, ihre Sorgen ernst nehmen und bereit sein, immer wieder zu lernen, um Probleme zu lösen. So viele von Euch, die Ihr jeden Tag in den Kommunen mittendrin seid, tun das. Aber wir sollten diese Erfahrungen nutzen, um unsere Politik noch mal zu schärfen – als ein Angebot, dicht an der Lebenswirklichkeit und mit Weitblick. Für Heute und Morgen.

Ich möchte diesen Brief gern mit zwei kleinen Momenten aus den letzten Tagen abschließen. Ich weiß, wie sehr Euch alle die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz gefordert hat. Sie war tösend, verstörend. Sie hat gezeigt, in was für einem großen Spannungsverhältnis der notwendige Klimaschutz und die Lebensrealität von Millionen Menschen stehen, und wie schwierig es ist, dieses Verhältnis richtig auszutarieren. Und dass es ein Irrglaube ist, das ginge alles ganz leicht. Wir haben, ich habe, die Kritik damals ernstgenommen, das Gesetz überarbeitet und es besser gemacht. Ja, es wird Zeit brauchen, bis es breit akzeptiert ist. Aber vor ein paar Tagen bekam ich eine Email von einer Bürgerin, mit der ich vor einem Jahr telefoniert habe, als die Debatte gerade tobte. Sie hatte große Sorgen, wie sie das Gesetz umsetzen soll, wir haben offen über Ängste, Herausforderungen und denkbare Lösungsansätze gesprochen. Nun hat sie mir nach einem Jahr wieder geschrieben. In ihrem Wohnviertel hat sie mit ihrer Nachbarschaft einiges geschafft: Mitbürgerinnen und -bürger informiert, es wurde eine Genossenschaft gegründet, Häuser wurden gedämmt, Fenster getauscht und eine Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz steht an. Und die zweite kleine Nachricht: Bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, die inzwischen für die Förderung beim Heizungstausch zuständig ist, gehen jetzt pro Woche etwa 5000 Anträge ein – die Zusage zur Förderung dauert dank Digitalisierung weniger als drei Minuten.

So schwierig es gerade manchmal ist: Ich bin davon überzeugt, dass wir die Herausforderungen gemeinsam meistern können. Jeder Schritt mag für sich genommen klein und vielleicht auch einmal schwer erscheinen, aber wir können etwas bewirken. Lasst Euch nicht entmutigen. Lasst uns zusammen arbeiten!

Herzliche Grüße,

Robert